



Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Feiertagsgesetzes (Gesetz zur Einführung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechts)

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/1769 -

ERSTE BERATUNG

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren, wir haben in dieser noch recht jungen Legislaturperiode bereits wiederholt über Fragen der Geschichtspolitik diskutiert und über Gedenktage debattiert. Das ist begrüßenswert, denn auch die parlamentarische Debatte über Geschichte ist geeignet, nicht nur Geschichtsvergessenheit, sondern auch der Geschichtsklitterung und der falschen politischen Vereinnahmung von Geschichte vorzubeugen. Das Letzteres allerdings nicht immer gelingt, zeigte die Einführung des 8. Mai als Gedenktag, der als Gedenktag für die Befreiung vom Nationalsozialismus etabliert ist, Frau König, von Faschismus kann ich hier im Gedenktagsgesetz nichts lesen. Da war wahrscheinlich bei Ihnen der Wunsch Vater des Gedanken. Wir haben keinen Gedenktag zur Befreiung vom Faschismus hier in Thüringen, jedenfalls habe ich davon noch nichts mitbekommen, sondern vom Nationalsozialismus. Jedenfalls wurde bei der Implementierung dieses Gedenktags der Ambivalenz dieses Datums nicht genügend Rechnung getragen. Deshalb hat die AfD-Fraktion damals gesagt, das machen wir nicht mit. Immerhin hat unsere Plenardebatte über dieses Datum daran erinnert, dass es die angesprochene Ambivalenz des 8. Mai 1945 gibt. Die Thüringer Bürger wissen natürlich sehr wohl, dass der 8. Mai 1945 die Befreiung vom Nationalsozialismus, Frau König, bedeutet. Sie wissen aber ebenso gut, dass der 8. Mai viel Leid und Schmerz auch für die Deutschen brachte. Und sie wissen insbesondere, dass auf die Befreiung von der einen unmittelbar die Etablierung einer anderen Diktatur folgte, nämlich der Diktatur der SED, die sich auf die bewaffnete Macht Moskaus stützte und die heute noch hier sitzt und zu meiner Irritation auch noch regiert.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Marx, SPD: Wer hat gestern nach Putin gerufen?)

Nach der gesetzlichen Einführung des 8. Mai als Gedenktag konnte man zu Recht fragen, ob dieser nun einzige Gedenktag nicht eine einseitige Form des offiziellen Gedenkens sei. Denn jetzt wurde zwar der Opfer der braunen Diktatur, nicht aber derjenigen der roten Diktatur gedacht, und noch andere bedeutsame historische Daten blieben unberücksichtigt. Diese Überlegung hat dann

wahrscheinlich die Unionsfraktion dazu veranlasst, gleich einen ganzen Strauß weiterer Gedenktage zu fordern. Eine entsprechende Häufung von Gedenktagen hätte aber nach unserer Auffassung das Unternehmen Erinnerungspolitik vollends entwertet. Deshalb haben wir das auch abgelehnt. Immerhin wollte die Union auch den 17. Juni als weiteren Gedenktag eingeführt oder wieder eingeführt sehen, es gab ihn ja schon mal. Im Sinne einer geschichtspolitischen Auseinandersetzung und Ausgewogenheit ist dieser Gedanke keinesfalls abwegig. Das hat nun wiederum die Regierungskoalition aufgegriffen und will nun ihrerseits den 17. Juni als Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts einführen. Natürlich kann man sich fragen, warum die Regierungskoalition selber nicht gleich auf die Idee gekommen ist, zumal wenn man die weihevollen Worte der Frau König vorhin hier gehört hat. Die Worte an sich wären, wenn sie nicht von Frau König gekommen wären, ganz vernünftig und auch ordentlich übergekommen, aber das, was hier von Frau König gesagt wurde, das grenzte – aus meiner Sicht – an ganz tiefe primitive Heuchelei. Frau König, Sie wurden von Ihrer Fraktion ausgenutzt. Wahrscheinlich haben Sie es gar nicht gemerkt. Die haben extra ein junges Mädels hier vorn hingestellt, die historisch unbelastet ist,

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Kann den jetzt mal jemand abstellen? Das ist einfach widerlich!)

(Heiterkeit AfD)

und es war bestimmt auch kein Zufall, dass während Ihrer Ausführungen die Genossen Blechschmidt und Leukefeld genauso wie der Genosse Kuschel gar nicht im Raum waren. Also, Sie wurden hier vorgeführt, Frau König, Sie wurden zum nützlichen Idioten der Fraktion gemacht und haben es wahrscheinlich gar nicht gemerkt, was hier mit Ihnen passiert ist.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner. Für den „nützlichen Idioten“ erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Die Frage war, warum Sie nicht gleich auf die Idee gekommen sind, zumal das ja so eine tolle Rede war von Ihnen, Frau König. Die Antwort aus unserer Sicht ist einfach. Im linken Lager ist man zwar besessen von der Diktatur der Nationalsozialisten, bei der Auseinandersetzung mit den diktatorischen Untaten und Verbrechen von Sozialisten und Kommunisten linker Couleur allerdings muss man erst zum Jagen getragen werden und trägt links eine dicke Augenklappe.

Frau Marx, das macht uns deshalb nichts, denn wir sagen: potius sero quam numquam und wissen, immerhin ist da etwas Gutes auf dem Wege.

(Beifall AfD)

Nun steht die AfD-Fraktion einem staatsoffiziellen Gedenktagswesen grundsätzlich skeptisch gegenüber, auch weil es jeweils den jeweiligen Mehrheiten unterworfen ist. Wenn aber infolge der Mehrheitsverhältnisse die Etablierung von Gedenktagen nicht zu verhindern ist, so können wir doch mit dem 17. Juni als einem zweiten Gedenktag in Thüringen sehr gut leben. Das habe ich vor einigen Wochen von hier aus auch schon gesagt – ich glaube, ich habe es schon mehrfach gesagt – und ich freue mich, dass nun auch die Linke dieser Auffassung ist. Denn mit dem 17. Juni wird an ein Verbrecherregime erinnert, das genauso wenig wie das Dritte Reich vergessen werden darf.

Und das Risiko des Vergessens ist keineswegs gering, Frau Rothe-Beinlich hatte darauf hingewiesen. Studien belegen, dass erschreckend viele Schüler heutzutage bekanntlich weder eine Ahnung vom gelebten DDR-Sozialismus noch vom Nationalsozialismus haben. Das wirft natürlich ein Licht auf den Geschichtsunterricht in den Schulen. Der Historiker Klaus Schroeder äußerte vor Kurzem sinngemäß dazu, dass die Zeitgeschichte ein Stiefkind des Geschichtsunterrichts sei, die immer am Ende eines Schuljahrs stünde, zumal dann, wenn bereits Stunden ausgefallen seien. Im Osten käme erschwerend hinzu, dass jedenfalls ältere Lehrer sich ungern mit diesem Thema beschäftigen. Wahrscheinlich wäre es daher sinnvoller, einen soliden Geschichtsunterricht in Thüringen durchzuführen und zu organisieren als Gedenktage einzuführen. Das können wir dann einmal in einer bildungspolitischen Debatte besprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Wir finden, jedenfalls gerade auch in der jungen Generation, allzu oft ein bisweilen nostalgisches Bild der DDR und des gelebten DDR-Sozialismus vor. Das wird allzu oft von sentimental zurückblicken einer älteren Generation bestätigt und auch massiv unterstützt von der zweitgrößten Fraktion hier im Landtag. Solche Geschichtsbilder, die Sie von den Linken vermitteln, lassen leicht vergessen, dass die DDR eine handfeste sozialistische Diktatur war, ein Unrechts- und ein Unterdrückungsstaat, der die Menschen bevormundete, knechtete, einsperrte, auch umbrachte, und mit Freiheit und Recht nichts am Hut hatte. Geführt war das Ganze durch die SED und die – die CDU ist auch nicht ungeschoren davongekommen – Blockparteien. Genau dies offenbarte sich besonders deutlich an jenem 17. Juni 1953 und in den sich daran anschließenden Tagen. Die meisten Menschen in der damals sogenannten Zone wollten dieses Regime nicht. Sie wollten Rechtsstaatlichkeit, sie wollten Demokratie, sie wollten eine prosperierende Wirtschaft. Daher gab es, anders als im sogenannten Dritten Reich, in der DDR eine breite Gesellschaft der Opposition gegen das diktatorische Regime der SED, und zwar eine Opposition, die sich am 17. Juni 1953 die Bahn brach.

Meine Damen und Herren, im Gesetzentwurf der Regierungsfractionen wird daran erinnert, dass der 17. Juni in der alten Bundesrepublik bereits Feiertag und nationaler Gedenktag war. Es wird allerdings behauptet – das wundert mich –, es sei ein Gedenktag gewesen, der zum Ritual verkommen sei. Wenn man diese Sicht der Dinge teilt, kommt hier einmal mehr die Problematik solcher staatsverordneter historischer Gedenk- und Feiertage zum Vorschein. Es droht die Gefahr, dass sie zum Ritual werden. Aber vermutlich war gerade dieser 17. Juni vor allem aus Sicht der Linken oder der DKP, wie sie damals bei uns hieß, ein Ritual. Tatsächlich haben die Vernünftigen in der alten Bundesrepublik den 17. Juni sehr ernst genommen und an der Forderung der Deutschen Einheit, zu Recht, wie man jetzt sieht, festgehalten. Die Vernünftigen waren freilich meist nicht solche, die in der SPD, bei den Grünen oder in der DKP beheimatet waren. Vorstöße, den 17. Juni als Tag der Deutschen Einheit schon in der alten Bundesrepublik abzuschaffen, gab es häufig und die kamen meist von links. Das wollen wir nicht vergessen. In diesem Zusammenhang muss ich auch mal an eine Sternstunde der Sozialdemokratie im negativen Sinn erinnern, nämlich an das unsägliche SED-SPD-Papier aus dem Jahr 1987, mit dem die Sozialdemokraten West – ich hoffe, Sie schämen sich dafür immer noch – de facto die SED-Herrschaft noch in der Spätphase stützten und unbegreiflicherweise den Gegensatz von republikanischem Rechtsstaat und Diktatur aufweichten.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie das verstanden haben, was ich gerade gesagt habe

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Kein Wort!)

– Soll ich es noch mal wiederholen? –,

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Nein, das muss nicht sein!)

ist eine gewisse Konsequenz zu sehen, denn Ihre jetzige Unterwerfung, die Unterwerfung der einst stolzen SPD unter die Knechtschaft, unter die Herrschenden von früher. Das ist eigentlich dann eine zwingende Logik, oder? – Peinlich für eine ehemals so stolze Partei. Nichtsdestotrotz, meine Damen und Herren, ist es erfreulich, dass die Regierungsfractionen, auch nun mit einiger Heuchelei gekrönt, die Ereignisse des 17. Juni mit einem Gedenktag ehren wollen. Wir werden uns dem nicht verweigern und wir hoffen dabei, das meine ich so, dass es wirklich ernst von Ihnen, und vor allem von Ihnen links, gemeint ist. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

[...]

Vizepräsidentin Jung:

Aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor – doch, Herr Abgeordneter Brandner.

(Beifall CDU)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Frau Pelke, Sie haben mich jetzt korrigiert, was die 60er-Jahre angeht, obwohl ich meiner Erinnerung nach zu den 60er-Jahren gar nichts gesagt habe. Dann haben Sie einen deutschen Politiker erwähnt, Willy Brandt, geboren als Herbert Frahm, der 1988 historisch verbürgt gesagt hat: „Die Wiedervereinigung ist die Lebenslüge der zweiten Deutschen Republik“. Sie haben andere Zitate gebracht, damit irriger Weise dann vielleicht hier den einen oder anderen dazu verleitet, zu klatschen, obwohl er das gar nicht getan hätte, wenn er gewusst hätte, was Herr Brandt sonst noch so vom Stapel gelassen hat; die Lebenslüge der zweiten Deutschen Republik wäre die Wiedervereinigung. Ich weiß nicht, warum man da klatschen soll.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht gucken Sie sich mal genau an, was Herr Willy Brandt so überhaupt verzapft hat in seinem Leben. Abgesehen davon ist es auch nicht so, dass andere führende SPD-Politiker, ich erinnere da an Herrn Lafontaine, an den Sie ja vielleicht nicht mehr so gern denken, Joseph Fischer von den Grünen, das waren auch alles andere als Befürworter der Wiedervereinigung. Vielleicht machen wir bei der zweiten Lesung mal so einen kleinen Exkurs durch die Geschichte, wie Sie sich hier alle, Sie sowieso, aber auch die Linken und die Grünen und die SPD – historisch gesehen – verbiegen. Ich freue mich auf die zweite Lesung.

(Beifall AfD)

Bei der zweiten Lesung können Sie sich dann auch mal darauf vorbereiten. Das haben Sie leider auch so übergangen oder vielleicht haben Sie es nicht verstanden. Dann lesen Sie mal genau durch, was Sie 1987 da als SPD mit der SED vereinbart haben. Ich freue mich ganz gewaltig auf diese Diskussion. Danke schön.